

Verzerrte Wahrnehmungen

Von Dr. Heino Klingen

In Deutschland ist die Einkommensverteilung ins Gerede gekommen. Bei näherer Betrachtung gibt es jedoch keinen Grund dafür. Denn hierzulande sind die Einkommen sogar ein Stück weit gleich verteilt als im OECD-Durchschnitt.



Foto: Becker&Bredel

Von Kurt Tucholsky ist die Aussage überliefert: „Das Volk versteht das meiste falsch; aber es fühlt das meiste richtig.“ Besonders feinfühlig reagiert es beim Thema Gerechtigkeit. Dieser Gedanke drängt sich jedenfalls auf, wenn man Umfragen zur Verteilungsgerechtigkeit liest. Gleich welche man heranzieht, sie zeichnen cum grano salis alle das nämliche Bild: Deutschland ist ungerechter geworden. So meinte in den Jahren nach der Wiedervereinigung rund die Hälfte der Bevölkerung, dass es bei uns gerecht zugeht. Heute glaubt daran nur noch ein Fünftel. Gut zwei Drittel sind stattdessen der Auffassung, in ungerechten Verhältnissen zu leben.

Das gibt zu denken. Denn unser Wirtschaftssystem – die soziale Marktwirtschaft – steht prinzipiell für wirtschaftliche Effizienz, ökonomischen Wohlstand und gesellschaft-

lichen Ausgleich. Diesem Dreiklang haben wir viele Jahrzehnte der Stabilität und Prosperität zu verdanken. Auch heute noch werden wir von unseren Nachbarn wegen unserer Wirtschaftskraft beneidet. Wenn unter diesen Bedingungen der soziale Ausgleich immer stärker in Frage gestellt wird, dann kann das daran liegen, dass die Verhältnisse tatsächlich ungerechter geworden sind oder die Menschen die tatsächliche Entwicklung und Verteilung des Wohlstands nur verzerrt wahrnehmen.

Eine selektive Wahrnehmung ist schon deshalb nicht auszuschließen, weil nur die wenigsten Menschen zwischen Markteinkommen und verfügbarem Einkommen differenzieren. Berücksichtigt man aber den vor allem in Deutschland stark ausgeprägten Ausgleichsmechanismus über Steuern und Transfers, dann zeigt sich zumindest hinsichtlich der Einkommensverteilung ein eher „unspektakuläres Bild“ – so der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem jüngsten Gutachten.

Wie verträgt sich dieser Befund führender Ökonomen mit den Umfrageergebnissen? Oder anders gefragt: Wie berechtigt ist das Bauchgefühl in weiten Bevölkerungskreisen, dass es in Deutschland ungerecht zugeht und die Einkommensschere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht?

Stabile Verteilung seit 2005

Ungleichheit lässt sich auf verschiedene Arten messen. Ein gebräuchliches und akzeptiertes Maß zur Erfassung von Einkommensungleichheit ist der Gini-Koeffizient. Er misst, wie viel Prozent des Gesamteinkom-

mens eines Landes auf wie viel Prozent der Bevölkerung entfallen. Er kann Werte zwischen null und eins annehmen. Je niedriger sein Wert, desto gleichere ist die Verteilung. Und je höher sein Wert, desto größer ist die gemessene Ungleichheit.

Die Entwicklung des Gini-Koeffizienten seit der Jahrtausendwende zeigt, dass die Verteilung der Markteinkommen zwischen 2000 und 2005 in der Tat ungleicher geworden ist. Danach hat sich die derart erfasste Ungleichheit insbesondere in den Jahren bis 2010 aber wieder deutlich zurückgebildet, um schließlich wieder leicht zu steigen. Tendenziell stimmt dieser Verlauf mit der Entwicklung bei den verfügbaren Einkommen überein. Auch hier kam es zwischen 2000 und 2005 zu einer Zunahme der Ungleichheit – wohl nicht zuletzt wegen des deutlichen Anstiegs der Arbeitslosigkeit in dieser Zeit. Seit 2005 hat sich die Verteilung der verfügbaren Einkommen aber stabilisiert.

Bezeichnenderweise hat sich die Differenz zwischen dem Vor- und dem Nach-Steuer-Koeffizienten seit 2000 kaum verändert. Das heißt, der deutsche Staat greift nach wie vor massiv in den Markt ein und verteilt die dort erzielten Einkommen über Transfers um. Finanziert werden diese Zahlungen durch das Steuersystem. So zahlen die oberen zehn Prozent der am besten verdienenden Steuerpflichtigen über 55 Prozent der gesamten Lohn- und Einkommensteuer, während die untere Hälfte der Steuerzahler gerade einmal fünf Prozent zu diesem Aufkommen beiträgt. Gleichzeitig gehört die untere Gruppe zu den Hauptnutznießern von Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld II, Wohngeld oder Ausbildungshilfen wie BAföG.

Insgesamt hat der deutsche Staat für diese und andere Sozialleistungen im vergange-

nen Jahr fast 850 Milliarden Euro ausgegeben – 100 Milliarden Euro mehr als vor fünf Jahren. Das bedeutet, dass bei uns rund ein Drittel der Wirtschaftsleistung in Sozialleistungen umgewandelt wird. Im Ergebnis verringert sich dadurch die Ungleichheit der Markteinkommen um gut 40 Prozent. Das heißt: Die immer wieder zu hörenden Behauptungen, wir vergäßen den unteren Rand der Gesellschaft und Deutschland würde immer ungleicher, wie sie erst kürzlich vom Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher, aufgestellt wurden, sind überzogen und geben ein Zerrbild unserer Gesellschaft. Faktisch gehört Deutschland zu den Ländern innerhalb der OECD, die am meisten umverteilen und deshalb inzwischen wieder eine leicht gleichmäßigere Verteilung der verfügbaren Einkommen hat als der Schnitt der OECD-Länder (Gini OECD Schnitt: 0,30; Deutschland: 0,29).

Steigende Reallöhne

Ein Grund für diese Entwicklung ist die ebenfalls im Jahre 2005 eingesezte und bis heute anhaltende Trendwende in der Lohnentwicklung. Denn nach vielen Jahren stagnierender und sinkender Reallöhne steigen diese wieder. Daran konnte auch der tiefe Wirtschaftseinbruch (2008/09) in Folge der weltweiten Finanzmarktkrise nichts ändern. Von 2007 bis 2015 sind die Reallöhne in Deutschland um fast acht Prozent gestiegen. Dieser Trend hat sich mit den jüngsten Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst, in der Bauwirtschaft sowie in der Metall- und Elektroindustrie weiter fortgesetzt. Damit dürfte sich die Einkommensverteilung künftig weiter stabilisieren und egalalisieren.

Mehr Gleichheit durch „Hartz IV“

Zufall oder nicht? Das Jahr 2005, in dem die Trendwende in der Reallohnentwicklung einsetzte und der Anstieg der Einkommensungleichheit gestoppt wurde, war auch das Jahr, in dem die arbeitsmarktpolitischen Instrumente mit der Einführung von „Hartz IV“ geschärft wurden. Der Hauptgrund dafür war, dass die deutsche Wirtschaft seit 2001 kaum noch wuchs und die Zahl der Arbeitslosen immer neue Höchststände erreichte. Im Februar 2005 kulminierte diese Entwicklung bei 5,3 Millionen gemeldeten Arbeitslosen.

Dass unter diesen Bedingungen die Lohnungleichheit zugenommen hat, liegt auf der Hand. Zumal mit dem Rückgang der Tarifbindung, der Auslagerung von Produktionsprozessen und der massiven Einwanderung von Arbeitskräften aus Osteuropa in dieser Zeit weitere tiefgreifende Veränderungen des deutschen Arbeitsmarktes stattfanden. Diese strukturellen Faktoren dürften ebenso wie die deutliche Zunahme von Single-Haushalten, deren Einkommen statistisch untergewichtet in die Verteilungsrechnungen eingehen, maßgeblichen Anteil daran gehabt haben, dass die Spreizung der Einkommen bis 2005 zugenommen hat.

Doch wie erklärt es sich, dass die Ungleichheit seitdem nicht weiter zugenommen hat? Mit den Anfang 2005 in Kraft getretenen Hartz-Reformen wurden zwar neue Stellen geschaffen, aber ganz überwiegend nur im unteren Lohnbereich. Insoweit wäre eher eine Verschärfung der Einkommensungleichheit zu erwarten gewesen. Das Gegenteil ist aber der Fall.

Einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft zufolge hängt das damit zusammen, dass innerhalb der Gruppe der ALG-II-Empfänger vor allem die unteren Einkommensklassen von der Hartz IV-Reform profitiert haben, während die oberen Gruppen – wie die früheren Arbeitslosenhilfebezieher – zum Teil deutliche Abstriche hinnehmen mussten. Statt „Armut per Gesetz“, wie Hartz IV von der Linkspartei ge-

nannt wird, wirken sich die Hartz-Reformen damit in mehrfacher Hinsicht positiv aus. Sie haben nicht nur den Arbeitsmarkt flexibilisiert und mehr Beschäftigung gebracht, sondern auch noch die Einkommensverteilung eher gleicher als ungleicher gemacht. Festzuhalten bleibt deshalb: Einkommen sind in Deutschland gleicher verteilt als anderslautende und immer wiederkehrende Meldungen suggerieren. Wir brauchen deshalb keine höhere Besteuerung der „Reichen“ und auch keinen weiteren Ausbau des Sozialstaates. Die Politik sollte sich vielmehr darauf konzentrieren, die Wachstumskräfte unter anderem durch gezielte Investitionen in die Infrastruktur zu stärken. Auch um unseren Wohlfahrtsstaat weiter finanzieren zu können.

Im Übrigen: In diesem Artikel ist nicht von den absoluten Topverdienern die Rede, wie sie etwa in den Vorständen der DAX-Unternehmen anzutreffen sind. Deren Einkommen werden in den Befragungen des sozio-ökonomischen Panels (SOEP) nur lückenhaft abgebildet, da die Teilnahme an den jährlichen Umfragen freiwillig ist. Ob Gehälter, Boni und Abfindungen von angestellten Managern im zweistelligen Millionenbereich zu rechtfertigen sind, ist mit üblichen Gerechtigkeitsvorstellungen wohl kaum zu beantworten. Zu bedenken ist allerdings auch, dass diese auf freiwilliger Basis von privaten Eigentümern gezahlt werden.

Stabile Verteilungsverhältnisse seit zehn Jahren

